

Gemäss Informatik-Professor Hannes Lubich kommt es pro Woche in der Schweiz zu hunderten von Angriffen. Der Wirtschaftsstandort Basel wird davon leider auch betroffen sein. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass Cybercrime weltweit gleich viel Umsatz pro Jahr erzielt wie der Drogenhandel. Viele Angriffe sind zwar unkoordiniert und versuchen aus der Masse Einfallstore zu finden, dennoch darf von einer grossen Dunkelziffer ausgegangen werden. Viele Betroffene melden Vorfälle aus Imagegründen nicht oder bemerken es einfach nicht.

Zurzeit werden Internetnutzer hauptsächlich von zwei verschiedenen Angriffsmethoden bedroht. Zum einen Denial-of-Service-Attacken, wobei mit Anfragen ein Angriffsziel überlastet und überlistet wird. Zum andern werden Private und Unternehmen durch Erpressungstrojaner (engl. Ransomware) angegriffen. Eine solche Schadsoftware verschlüsselt alle Dateien auf dem angegriffenen System mit einem Schlüssel. Nur gegen Bezahlung eines Lösegelds wird den Betroffenen vielleicht ein Schlüssel zur Entschlüsselung zugestellt.

Der Regierungsrat wird deshalb um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele polizeilich registrierte Straftaten wurden wegen Cybercrime in den Jahren 2013 – 2015 aufgenommen?
2. Wie viele strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden wegen Cybercrime in den Jahren 2013 – 2015 eingeleitet?
3. Wie viele Verurteilungen wurden wegen Cybercrime ausgesprochen?
4. Wie hoch beziffert der Kanton Basel-Stadt das Schadenspotential im Bereich Cybercrime für den Kanton, Private und Unternehmen?
5. Gibt es im Kanton Basel-Stadt einen Notfallplan oder dergleichen gegen Cyberangriffe auf Infrastruktur- und Informationssysteme sowie den ansässigen Unternehmen?
  - Falls ja, was beinhaltet dieser Plan und seit wann existiert dieser?
6. Prüft der Kanton Basel-Stadt seine Informationssysteme auf Sicherheit intern und extern? Darunter fallen z.B. Versionskontrollen von Software (insbesondere Browser wie IE mit bekannten Sicherheitslücken, Netzwerk und Nutzer-Berechtigungen etc.).
  - Falls ja, welche grösseren Schwachstellen konnten in jüngster Zeit identifiziert und behoben werden?
7. Wie viele Personen sind im Kanton Basel-Stadt involviert bei der Bekämpfung von Cybercrime?
8. Erachtet der Regierungsrat die Ressourcen und personellen Mittel als ausreichend?
  - Falls ja, weshalb?
9. Erachtet es der Regierungsrat für sinnvoll im Bereich Cybercrime, für welche die Kantonsgrenzen kaum massgebend sind, an der kantonalen Strafverfolgungskompetenz festzuhalten?
  - Falls ja, weshalb?

Alexander Gröflin